

Angebliche Religionsfeinde

Einige unserer Autoren werden als Islamhasser beschimpft. Warum wir ihren Protestbrief dokumentieren **VON EVELYN FINGER**

Es klingt absurd: dass einer in Religionsfreiheit lebt, aber als religionsfeindlich diffamiert wird, nur weil er religiösen Fundamentalismus kritisiert oder seine Religion reformieren will. Für viele Islamexperten, die regelmäßig auf dieser Seite schreiben, ist das jedoch Normalität: Seyran Ates, Mouhanad Khorchide, Ali Ertan Toprak, Hamed Abdel-Samad, Ahmad Mansour, Abdel-Hakim Ourghi, Susanne Schröter, Constantin Schreiber, Düzen Tekkal wurden schon oft als Islamfeinde beschimpft. Jetzt tauchen einige von ihnen im *European Islamophobia Report* auf, mitverantwortet von der Europäischen Kommission. Der Report hat das ehrenwerte, wichtige Ziel, Angriffe auf Muslime und Moscheen in ganz Europa zu dokumentieren und vor dem tatsächlich wachsenden Islamhass zu warnen. Umso fataler, dass hier Kritiker als Hasser gezählt werden.

Denn das hat Folgen: Es gibt Autoren, die davor zurückschrecken, sich offen gegen Diffamierung zu wehren. Weil sie fürchten, noch mehr diffamiert zu werden. Oder weil sie Angst um Angehörige haben, die zum Beispiel in der Türkei leben. Dort kann der Vorwurf der Islamfeindlichkeit als Staatsfeindlichkeit ausgelegt werden. Egal, ob er zutrifft.

Doch Betroffene wehren sich nun in einem offenen Brief gegen den Report. Wir dokumentieren ihren Protest, weil wir der Meinung sind: Religionskritik ist nicht Religionsfeindschaft, sondern eine Errungenschaft der Aufklärung. Das heißt nicht, dass man solche Kritik nicht auch falsch, überzogen, ja beleidigend finden – und so nennen darf. Es heißt auch nicht, dass es keine Religionsfeindschaft im Gewand der Religionskritik gibt. Doch oft genug wird berechtigte Kritik als angeblicher Hass abgewehrt. Es ist ein totalitärer Reflex. Wir glauben: Gerade weil es in Europa echte, für Muslime lebensbedrohliche Islamophobie gibt, sollte man das Wort nicht benutzen, um Andersdenkende einzuschüchtern.



»Die Himmelfahrt des Propheten Mohammed« ist eine Miniatur zu der berühmten Dichtung »Chamsa des Nisami« aus dem 16. Jahrhundert

Was heißt hier islamophob?

»Weil ich den Genozid an den Jesiden beklage, werde ich von Islamisten bedroht und Islamfeindin genannt. Dabei sage ich immer: Muslime haben uns auch beschützt.«

Düzen Tekkal

Jesidin, Filmemacherin, gründete das interreligiöse Hilfsprojekt hawar.help

»Seit meinem Buch »Islam ist Barmherzigkeit« habe ich Polizeischutz. Der Vorwurf, ich sei islamophob, soll auch andere einschüchtern, die Reformen wollen.«

Mouhanad Khorchide

Theologe, Religionspädagoge, lehrt an der Universität Münster

»Mich bestürzt, dass der Begriff Islamophobie oft unwidersprochen bleibt, wo Demokratiefunde versuchen, ihre Kritiker mundtot zu machen.«

Susanne Schröter

Ethnologin, leitet das Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam

Wir haben keine Angst vor dem Islam

Ein Islamophobie-Report, mitfinanziert von der EU, listet auch die Namen von bloßen Kritikern und Reformern der Religion auf und wirft ihnen Islamfeindlichkeit vor. Sie wehren sich nun mit einem offenen Brief an Ursula von der Leyen, die neue Präsidentin der Europäischen Kommission

Sehr geehrte Frau Präsidentin von der Leyen,

die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Briefes bitten Sie und die neue EU-Kommission, dafür Sorge zu tragen, die Zusammenarbeit mit und die finanzielle Unterstützung von türkischen Organisationen einzustellen, die ihre Aufgabe darin sehen, Bürgerinnen und Bürger Europas, die sich öffentlich und kritisch mit der türkischen Regierungspolitik und politisch-islamischen Strömungen in Europa beschäftigen, in regelmäßigen Denunziationsberichten öffentlich anzuprangern.

Zu ihnen zählt der unlängst erschienene *European Islamophobia Report 2018 (EIR)*. Er wird, wie die zuvor erstellten jährlichen Reporte, unter der Schirmherrschaft der türkischen, regierungsnahen Seta-Stiftung von den Politikwissenschaftlern Farid Hafez und Enes Bayraklı herausgegeben. Die Europäische Kommission finanzierte diesen Bericht mit 126.951,81 Euro aus dem Fonds zur »Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Dialogs zwischen der EU und der Türkei« (CSD-V). Dieser Fonds wird mit Steuergeldern der EU-Bürgerinnen und -Bürger bestückt. Die Vergabe der Mittel jedoch obliegt allein dem türkischen Außenministerium.

Die EU hat hier die Kontrolle aus der Hand gegeben. Das hat zur Folge, dass Gelder der EU unter anderem dazu verwendet werden, die türkische, regierungsnahen Stiftung Seta mit Geld zu versorgen. Seta trat in der Vergangenheit immer wieder mit Berichten an die Öffentlichkeit, in denen Bürger und Bürgerinnen der Union diffamiert, denunziert und Erdoğan-Kritiker an den Pranger gestellt wurden. Der *European Islamophobia Report 2018* liefert ein gutes Exempel dafür,

warum die Vergabe dieser Mittel dringend überdacht und Förderkriterien entwickelt werden müssen, die eine Zweckentfremdung von EU-Geldern durch die Türkei in Zukunft verhindern. Eine Unterstützung von Seta-Studien durch die Europäische Kommission ist aus mehreren Gründen unangebracht:

1. Die Seta-Stiftung ist ein politisches Instrument der türkischen Regierung.

Sie dient nicht dem zivilgesellschaftlichen Dialog zwischen der EU und der Türkei, sondern der Verlautbarung der Regierungslinie (siehe die Kriegspropaganda von Seta auf Social-Media-Kanälen im Rahmen des Einmarschs der türkischen Armee in Nordsyrien) und der Identifizierung und öffentlichen Diffamierung von Gegnern des türkischen Präsidenten Erdoğan, der AKP und der türkischen Regierungspolitik. Der Gründungsdirektor der Seta-Stiftung, der Theologe Ibrahim Kalin, ist der heutige Sprecher von Erdoğan. Der europäischen Öffentlichkeit fiel er bereits 2012 durch seine Rede auf dem Istanbul Weltforum auf, in der er die Entmachtung des Westens und eine »postsäkulare Ordnung« ankündigte.

Seta-Publikationen sprechen eine deutliche Sprache. So erschien 2018 eine »Studie« mit dem Titel *Die Struktur der PKK in Europa*, in der namentlich europäische PolitikerInnen, JournalistInnen, KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen als Sympathisanten und Unterstützer der PKK aufgezählt werden. Dafür reichte es mitunter aus, dass sie Kritik an der türkischen Politik in den Kurdengebieten geäußert hatten. Ähnlich verfährt 2019 eine Studie mit dem Titel *Die Fethullahistische*

Terrororganisation (Fetö) in Deutschland. In dem Seta-Bericht *Der verlängerte Arm internationaler Medienorganisationen in der Türkei* wiederum werden Namen und Lebensläufe von 143 türkischen Journalistinnen und Journalisten gelistet, die für internationale Medienhäuser wie etwa Deutsche Welle, FAZ oder BBC arbeiten. Ihnen wird vorgeworfen, regierungsfeindlich zu berichten. Die deutsche Kulturstaatsministerin Monika Grütters protestierte gegen diesen Bericht.

2. Der »European Islamophobia Report« reißt sich in die Denunziationsberichte von Seta ein.

Im Report werden undifferenziert viele Persönlichkeiten und Institutionen aus ganz Europa als »islamophob« und als Vertreter und Beförderer von sogenanntem antimuslimischen Rassismus bezeichnet, ein Begriff, der synonym zum Begriff »Islamophobie« verwendet wird. Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Briefes werden im Report in eine Reihe mit Rechtsradikalen, Rassisten und deren Netzwerken gestellt. Alle im Report Gelisteten – unter ihnen auch Musliminnen und Muslime, die andere Wege als die meisten Islamverbände gehen wollen – seien, so die Ansicht der Herausgeber, Teil des weltweiten »islamophoben« Diskurses.

So verwundert es nicht, dass die Herausgeber des *EIR* auch ein Buch über Islamophobie in islamischen Gesellschaften publiziert haben. Dieses Vorgehen dient dem Zweck, jegliche Kritik am Islam, an verschiedenen politisch-islamischen Organisationen und deren Proponenten aus dem Diskurs zu drängen und die Deutungshoheit über diese Themen zu erlangen. Angesichts des Mobilisierungspotenzials türkisch-nationalistischer und islamistischer Kreise stellen die

Berichte der Seta-Stiftung eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die darin genannten Personen dar.

3. Der »European Islamophobia Report« ist keine wissenschaftliche Publikation.

Wir möchten mit Nachdruck darauf hinweisen, dass dieser »Bericht« keinerlei wissenschaftlichen Standards entspricht. Der *European Islamophobia Report* ist weder eine quantitative noch eine qualitative Studie; zu einer Studie fehlen ihm die wesentlichen Kriterien und Voraussetzungen, die eine solche auszeichnen. Die Herausgeber haben sich an keiner Stelle die Mühe gemacht, die von ihnen angewendeten Methoden zu erläutern oder die Kriterien zu beschreiben, anhand derer die von ihnen geschilderten Fälle ausgewählt wurden.

Mit dem Begriff »Islamophobie« wird versucht, zwei unterschiedliche Phänomene in einem Begriff zusammenzufassen: Feindschaft gegenüber und Diskriminierung von Muslimen auf der einen Seite; Religionskritik auf der anderen Seite. Der Terminus differenziert nicht zwischen ressentimentbeladener Hetze und einer der Aufklärung verpflichteten Kritik an der Religion. Er entpuppt sich somit als Kampfbegriff, der dazu genutzt wird, Kritik am Islam, an politisch-islamischen Strömungen, einzelnen Organisationen und Akteuren oder an Problemen und Menschenrechtsverletzungen innerhalb muslimischer Gemeinschaften und Gesellschaften abzuwehren und als »antimuslimischen Rassismus« zu etikettieren. Dies führt dazu, dass kritische Geister, auch und gerade innerhalb der muslimischen Welt, als »islamophob« denunziert und in die gleiche Ecke gestellt werden wie Rechtspopulisten, Rechtsradikale und Rassisten.

4. Wir halten solch einen Report für demokratiepolitisch gefährlich.

Das Ziel des *Islamophobia Report* ist es, jede kritische öffentliche Beschäftigung mit dem Islam und islamistischen Strömungen hintanzuhalten, zu verhindern oder jedenfalls zu diskreditieren. Damit aber wird das Recht auf freie Meinungsäußerung und Gedankenfreiheit in Europa ernsthaft infrage gestellt. Selbst die öffentliche Auseinandersetzung mit dem politischen Islam der Muslimbruderschaft und anderer radikaler Strömungen soll, geht es nach den Herausgebern des *EIR*, unterbunden werden. Ihnen geht es nicht um eine offene demokratische Debatte, sondern um die Verhinderung derselben.

Wir vermuten: Die Herausgeber des *EIR* verfolgen langfristig das Ziel, die Gesetzgebung der EU und ihrer Mitgliedsstaaten mithilfe einer sich als NGO gerierenden türkischen, regierungsnahen Stiftung dahingehend zu beeinflussen, dass eine kritische Auseinandersetzung mit dem politischen Islam verunmöglicht wird. Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner weisen diesen Versuch der Zensur zurück.

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin, wir bitten Sie, dafür Sorge zu tragen, dass weder die EU noch die Europäische Kommission in Zukunft eine finanzielle Unterstützung für den *European Islamophobia Report* gewährt. Wir hoffen, dass die Instrumentalisierung eines Fonds, der eigentlich der »Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Dialogs zwischen der EU und der Türkei« dienen soll, durch die türkische Regierung und die ihr nahestehende Seta-Stiftung in Zukunft verhindert wird.

Saïda Keller-Messahli, Romanistin und Autorin; Seyran Ates, Anwältin, Autorin und Imamin; Nina Scholz, Politikwissenschaftlerin und Autorin; Heiko Heinisch, Historiker und Autor; Dr. Gerhard Weinberger, Botschafter i. R. und Autor; Dr. Necla Kelek, Sozialwissenschaftlerin und Autorin; Ahmad Mansour, Psychologe und Autor; Zana Ramadan, Autorin und Politikberaterin; Kamel Daoud, Journalist und Autor; Prof. Susanne Schröter, Ethnologin, Leiterin des Forschungszentrums Globaler Islam, Universität Frankfurt; Prof. Mouhanad Khorchide, Theologe, Leiter des Zentrums für Islamische Theologie, Universität Münster; Kenan Güngör, Sozialwissenschaftler und Integrationsexperte; Susanne Wiesinger, Autorin